

Datenschutzhinweise gemäß Artikel 12 bis 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)

im Rahmen einer Bedarfsabfrage zum Erwerb eines
Tablets bei der Stadt Bocholt für den schulischen
Unterricht

Kontaktdaten

Angaben zum Verantwortlichen für die Datenverarbeitung

Stadtverwaltung Bocholt
Der Bürgermeister
Kaiser-Wilhelm-Str. 52-58
46395 Bocholt
Tel. +49 2871 953-0
Fax. +49 2871 953-9530
stadtverwaltung@bocholt.de

Angaben zum Beauftragten für den Datenschutz

Die aktuellen Kontaktdaten zur Person des
Datenschutzes bei der Stadtverwaltung Bocholt
entnehmen Sie der [Datenschutzerklärung](#) unserer
Webseite.

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten unter E-
Mail: datenschutz@bocholt.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Im Rahmen einer verbindlichen Bedarfsabfrage zur Nutzung von Tablets in Schulen können sorgeberechtigte Personen für ihre Kinder sich zwischen einem Leih- oder einem bezuschusstem Kaufgerät entscheiden. Die abgefragten Informationen einschließlich aller personenbezogenen Daten (*Stamm-, Adress-, Kontakt-, Geburts- und Schuldaten*) werden anlassbezogen verarbeitet. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit c DSGVO i.Vm. Beschlussvorlage [263/2023](#) und [263/2023 1. Ergänzung](#) sowie Art. 6 Abs. 1 lit b DSGVO im Rahmen eines vorvertraglichen Verhältnisses zwischen Sorgeberechtigten und Stadt Bocholt.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Sie haben das Recht zu erfahren, welche Datenempfänger regelmäßig oder aufgrund von Anfragen Ihre Daten anlass- oder fallbezogen erhalten.

Die Verarbeitung Ihrer Daten findet durch eigene Server der Stadtverwaltung Bocholt statt. Folgende Stellen der Stadtverwaltung Bocholt sind in diesem Prozess beteiligt:

- Bereich Digitales und IT im Rahmen der technischen Verarbeitung personenbezogener Daten
- Bereich Digitales und IT als Vertragspartner
- Bereich Finanzen und Beteiligungen im Rahmen der Finanzbuchhaltung
- zuständige Schule im Rahmen der Ausgabe der Tablets

Dauer der Speicherung bzw. Kriterien zur Festlegung dieser Dauer

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. In der Regel bewahren wir Ihre Daten für die Dauer der Schulzugehörigkeit auf. Abrechnungsdaten werden 10 Jahre im Bereich Finanzen verarbeitet.

Ihre Rechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

Auskunftsrecht: Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Artikel 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (§ 48 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen).

Recht auf Datenberichtigung: Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Artikel 16 DSGVO).

Recht auf Löschung, Recht auf Einschränkung: Bei Vorliegen gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Artikel 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Artikel 18 DSGVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Artikel 17 Absatz 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten gesetzlich noch erforderlich ist, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.

Recht auf Datenübertragbarkeit: Artikel 20 DSGVO regelt Ihr Recht auf Datenübertragbarkeit. Findet eine Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren statt, können Sie ggf. verlangen, dass wir Ihre personenbezogenen Daten in maschinenlesbarer Form zur Verfügung stellen oder die Daten direkt an die in Artikel 20 DSGVO genannten, von Ihnen auszuwählenden Personen übermitteln.

Widerspruchsrecht: Sie können gegen bestimmte Datenverarbeitungen widersprechen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO).

Widerrufsrecht bei Einwilligungen: Sie haben das Recht bei Verarbeitungen welche sich auf Ihre Einwilligung gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO beruht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft; das heißt, durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt.



Beschwerderecht: Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinn des Artikels 51 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen,
Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 38424-0
Fax-Nr.: 0211 38424-10,
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Profiling

Die Stadtverwaltung Bocholt setzt für dieses Verfahren kein Profiling ein.

Änderung des Verarbeitungszwecks

Die Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken als dem ursprünglichen Erhebungszweck ist nur im Rahmen der oben unter der Information „Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung“ Zwecke zulässig und nur wenn und soweit der neue Verarbeitungszweck mit dem ursprünglichen Zweck der Erhebung kompatibel ist.